

Bisher unveröffentlichte Umfrage zum Vorwurf des Antiamerikanismus

Starke Zweifel am Präsidenten

Von Karl-Heinz Reuband

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß es Ronald Reagan gelingen wird, Präsident der Vereinigten Staaten zu bleiben. Das Meinungstief, das er noch Anfang des letzten Jahres bei den amerikanischen Bürgern innehatte, ist längst gewichen. Und selbst unbedachte Äußerungen - wie der „Scherz“, er werde die Sowjetunion in fünf Minuten bombardieren - lassen - haben diese Entwicklung offenbar nicht grundlegend aufhalten können. Auf dem Konvent der Republikaner wurde er als neuer Präsident der Stärke gefeiert.

Doch was sich aus amerikanischer Sicht als Wiedergeburt der Führungsmacht ausnimmt, könnte sich außenpolitisch langfristig in das Gegenteil kehren.

In den vergangenen Jahren haben mehr und mehr Menschen in der Bundesrepublik in der amerikanischen Politik der Stärke Gefahren für die internationalen Beziehungen gesehen. Entsprechend ist auch das Vertrauen in die amerikanische Regierung insgesamt gesunken. Und dies in geradezu dramatischem Ausmaß: Noch im Herbst 1981 bekundeten in Umfragen 62 Prozent der Deutschen Vertrauen in die Fähigkeit der US-Regierung, vornehmlich auf Weltprobleme zu reagieren. Bereits im Februar 1982 war dieser Anteil auf 57 Prozent gefallen und erreichte mit 43 Prozent im Herbst 1983 ein Tief.

Seitdem scheint sich das Bild weiter verfestigt, wenn nicht gar verschlechtert zu haben. Neuere Umfragen vom Mai dieses Jahres - noch vor den unbedachten Äußerungen Reagans über die Bombardierung der Sowjetunion - erbringen Werte nur noch von einem Drittel für „sehr großes“ oder „beträchtliches“ Vertrauen. Angesichts dessen verwundert es nicht, daß die Mehrheit ihn nicht gern wieder als US-Präsidenten sehen würde. Die negative Haltung überwiegt bemerkenswerterweise in allen Alters- und Bildungsgruppen. Aber sie ist nicht überall gleich stark. Die Einwände nehmen in der Regel mit wachsender Bildung und zunehmendem politischen Interesse zu.

Ist dieser Befund einer überwiegend negativen Haltung gegenüber Reagan und der amerikanischen Regierung nun eine deutsche Besonderheit? Gerade in der hitzigen Diskussion um die Nachrüstung im letzten Jahr tauchte bislang immer wieder der Vorwurf auf, in der Bundesrepublik herrsche der Antiamerikanismus. Als Beleg wurden der im internationalen Vergleich vermeintlich überproportionale, starke Nachrüstungsprotest und kritische Äußerungen gegenüber den USA aufgeführt. Doch ist dies eine zu einfache Deutung eines komplexen Phänomens: Nicht nur, daß Zweifel an der herausgehobenen Stellung der Deutschen im Nachrüstungsprotest bestehen. Auch die Gleichsetzung des Nachrüstungsprotests oder kritischer Äußerungen an der Politik Reagans mit Antiamerikanismus ist irreführend. Äußerungen von Repräsen-

tanten der Friedensbewegung müssen sich zudem nicht notwendigerweise mit den Anschauungen ihrer Anhänger deckeln.

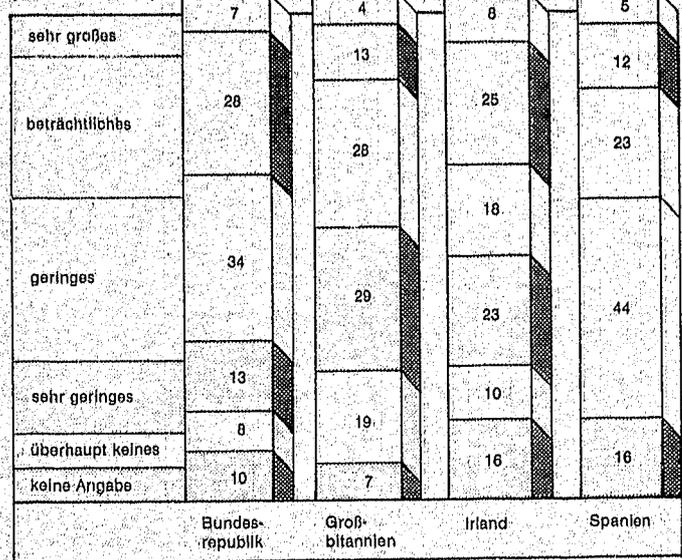
Nur repräsentative Meinungsumfragen vermögen ein genaues Bild der Bevölkerungsstimmung zu entwerfen. Und diese Umfragen widersprechen sehr klar der These vom deutschen - und überdies steigenden - Antiamerikanismus. Gemessen an den Einstellungen gegenüber den USA als Land und Volk, ist die Orientierung unverändert positiv. Im Jahr 1981, als es zur ersten Bonner Großkundgebung der Friedensbewegung kam, erreichten die Amerikaner auf die Frage „Mögen Sie eigentlich die Amerikaner oder mögen Sie sie nicht besonders?“ eine der besten Bewertungen innerhalb der letzten 20 Jahre. Auch anhand anderer Fragen läßt sich zeigen, daß von einer Ausbreitung amerikafeindlicher Haltungen nicht die Rede sein kann. Der Wandel, der sich in den Meinungen der Bundesbürger abzeichnet, ist eben nicht global, sondern auf die Führungsspitze der USA gerichtet.

International gesehen gehören die Bundesbürger in der globalen Einschätzung der USA und ihrer Rolle in der Welt zu den treuesten Bündnispartnern. Damit hat sich - allen Mutmaßungen zum Trotz - auch in den letzten Jahren nichts Grundlegendes geändert. Wie wenig sie sich selbst in ihrer Kritik gegenüber der amerikanischen Regierung und ihrem Präsidenten hervortun, zeigt sich in einer internationalen Untersuchung vom Mai 1984, die Großbritannien, Spanien, Irland und die Bundesrepublik umfaßt. Danach überwiegt überall eine negative Haltung. Das Vertrauen in die USA ist schließlich nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Ländern - wie Großbritannien - gesunken; und es liegt in Deutschland durchaus nicht niedriger als anderswo (Tabelle 1).

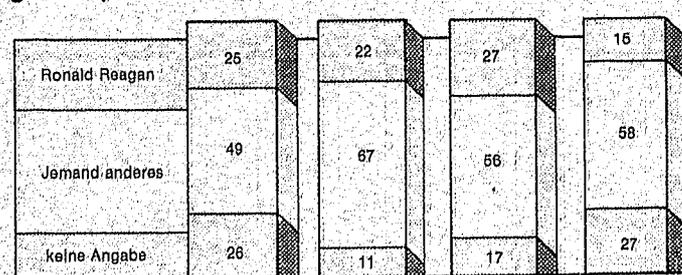
Dies ist, angesichts der vielen Stereotypen über deutschen Antiamerikanismus, bemerkenswert. Doch noch bemerkenswerter ist es, daß die Deutschen hier relativ noch die beste Beurteilung der amerikanischen Regierung und ihres Präsidenten abgeben: Sie haben sich selbst von den Ländern positiv ab, die traditionell enge Bindungen an die USA haben. So ist das Vertrauen in die amerikanische Regierung in der Bundesrepublik (mit 38 Prozent) doppelt so groß wie in Großbritannien (mit 17 Prozent) - dem Land, das immerhin die angelsächsische Tradition in den USA begründet hat.

Frägt man nach den Auswirkungen der Wiederwahl Reagans im einzelnen, so kristallisiert sich in den hier befragten Ländern deutlich die Sorge um den Weltfrieden heraus. Daß seine Wiederwahl günstig für den Weltfrieden wäre, das glaubt nur eine kleine Minderheit (Tabelle 2). Folglich betreffen die Konsequenzen des wachsenden Mißtrauens vor allem die außen- und sicherheitspolitischen Orientierungen. Übereinstimmend weisen Umfragen in der Bundesrepublik auf ein wachsendes Bedürfnis nach einer Eigenständigkeit in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik hin. Handeln, das als blinde Gefolgschaft gedeutet werden könnte, wird mehr und mehr abgelehnt. Wie sehr der NATO-Doppelbeschuß ein zusätzliches - und entscheidendes - Element der Verschärfung dieser Entwicklung gebracht hat, belegen international vergleichende Umfragen des Atlantic Instituts in Paris. Vor allem bei der Frage, was das Wichtigste für die zukünftige Sicherheit des Westens wäre, danach gibt es zwischen Herbst 1982 und Herbst 1983 hauptsächlich in den Ländern ein Wandel, in denen es zur Stationierung neuer amerikanischer Raketen kommen sollte - der Bundesrepublik, Italien, den Niederlanden und (mit Einschränkungen) Großbritannien. Die „gute Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA“ wird zugunsten der „Fortführung des Dialogs/Gesprächs mit der Sowjetunion“ seltener genannt. Noch im Herbst 1982 wurde von den Deutschen die Zusammenarbeit mit den USA von 63 Prozent der Befragten an erster Stelle aufgeführt, im Herbst 1983 nur noch von 34 Prozent. Seitdem verharret dieser Anteil auf gleichem Niveau. Überbunden wird er inzwischen längst von der Forderung nach Fortführung des Dialogs mit der Sowjetunion: Diese steigt von 33 Prozent im September 1982 auf 42 Prozent im Oktober 1983 und 48 Prozent im April 1984. Die Entspannungspolitik wird unter dem Eindruck einer amerikanischen Politik der Hochrüstung und einer Abkehr vom kontinuierlichen Ost-West-Dialog mehr denn je betont.

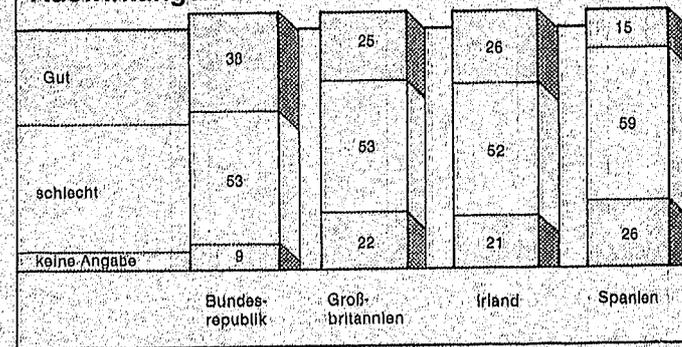
Vertrauen in die USA im internationalen Vergleich (in Prozent)



Einstellung zur Wiederwahl im internationalen Vergleich (in Prozent) Gewünschter Kandidat



Auswirkungen auf den Frieden



Die „gute Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA“ wird zugunsten der „Fortführung des Dialogs/Gesprächs mit der Sowjetunion“ seltener genannt. Noch im Herbst 1982 wurde von den Deutschen die Zusammenarbeit mit den USA von 63 Prozent der Befragten an erster Stelle aufgeführt, im Herbst 1983 nur noch von 34 Prozent. Seitdem verharret dieser Anteil auf gleichem Niveau. Überbunden wird er inzwischen längst von der Forderung nach Fortführung des Dialogs mit der Sowjetunion: Diese steigt von 33 Prozent im September 1982 auf 42 Prozent im Oktober 1983 und 48 Prozent im April 1984. Die Entspannungspolitik wird unter dem Eindruck einer amerikanischen Politik der Hochrüstung und einer Abkehr vom kontinuierlichen Ost-West-Dialog mehr denn je betont.